

17.02.00

**Verordnungsantrag****des Landes Rheinland-Pfalz**

---

**Entwurf einer ... Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen****A. Zielsetzung**

Die von der Verpackungsverordnung gewollte Stabilisierung der Mehrwegsysteme ist erreicht worden, weil heute eine größere Getränkemenge in Mehrwegverpackungen in Verkehr gebracht wird als im Jahre 1991. Gleichwohl scheint die in der Verordnung gewählte Bewertungsgrundlage für die Zielerreichung auf eine Destabilisierung hinzudeuten. Deshalb muss sie geändert werden, um eine realistischere Kontrolle der Zielerreichung der Norm zu ermöglichen und die vorgesehenen Sanktionen auf den Fall einer tatsächlichen Zielverfehlung zu konzentrieren.

**B. Lösung**

Unter Beibehaltung des Schutzes für Mehrwegsysteme wird die Bewertungsgrundlage für die Zielerreichung auf die im Vergleichsjahr 1999 tatsächlich in Mehrwegverpackungen abgefüllte Getränkemenge umgestellt.

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten der öffentlichen Haushalte**

Keine

**E. Sonstige Kosten**

Keine

**17.02.00**

**Verordnungsantrag**  
des Landes Rheinland-Pfalz

---

**Entwurf einer ... Verordnung zur Änderung der Verordnung über  
die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen**

Der Ministerpräsident  
des Landes Rheinland-Pfalz

Mainz, den 17. Februar 2000

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsidenten  
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz hat beschlossen, beim Bundesrat den  
mit Vorblatt und Begründung beigelegten

Entwurf einer ... Verordnung zur Änderung der Verordnung  
über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen

zuzuleiten.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundes-  
rates auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 25. Februar 2000 zu  
setzen.

Mit freundlichen Grüßen

ILS

L. 1. Jule

## Entwurf einer ... Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen

Vom .....

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 4, des § 23 Nr. 6, des § 24 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 4 und Abs. 2 Nr. 1 und des § 57, jeweils in Verbindung mit § 59, sowie des § 7 Abs. 1 Nr. 3 und des § 12 Abs. 1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2705), verordnet die Bundesregierung nach Anhörung der beteiligten Kreise unter Berücksichtigung der Rechte des Bundestages:

### Artikel I

Die Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen (Verpackungsverordnung - VerpackV) vom 21. August 1998 (BGBl. I S. 2379) wird wie folgt geändert:

1. § 9 Abs. 2 Satz 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„Sofern die Menge der für den Inlandsmarkt in Mehrwegverpackungen abgefüllten Getränke an Bier, Mineralwasser (einschließlich Quellwässer, Tafelwässer und Heilwässer), Erfrischungsgetränken mit Kohlensäure, Fruchtsäften (einschließlich Fruchtnektare, Gemüsesäfte und andere Getränke ohne Kohlensäure) und Wein (ausgenommen Perl-, Schaum-, Wermut- und Dessertweine) im Kalenderjahr insgesamt im Geltungsbereich dieser Verordnung unter 20 Milliarden Liter sinkt, wird für den Zeitraum von 12 Monaten nach der Bekanntmachung des Unterschreitens der Abfüllmenge eine erneute Erhebung der maßgeblichen Abfüllmengen durchgeführt. Liegt danach die Abfüllmenge im Bundesgebiet unter der nach Satz 1 festgesetzten Menge, gilt die Entscheidung nach § 6 Abs. 3 vom ersten Tag des auf die Bekanntgabe folgenden sechsten Kalendermonats bundesweit für die Getränkebereiche als widerrufen, für die die für das

Jahr 1991 festgestellte Abfüllmenge unterschritten ist.“

2. § 9 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Die Bundesregierung gibt die nach Absatz 2 erheblichen im Jahre 1991 in Mehrwegverpackungen abgefüllten Getränkemengen sowie jährlich die nach Absatz 2 erheblichen Mengen bzw. Anteile von in ökologisch vorteilhaften Getränkeverpackungen abgefüllten Getränken im Bundesanzeiger bekannt.“

3. In § 9 Abs. 4 wird das Wort „der“ durch das Wort „die“ und das Wort „Anteil“ durch das Wort „Menge“ ersetzt.

#### Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2000 in Kraft.

Begründung

I. Allgemeiner Teil

§ 9 Abs. 2 Satz 2 der Verpackungsverordnung in ihrer geltenden Fassung lässt die Pflichten von Herstellern und Vertriebern von Getränkeverpackungen zur Rücknahme und Verwertung, die durch Beteiligung an einem System nach § 6 Abs. 3 entfallen, wieder aufleben, wenn der Mehrweganteil im Bundesgebiet unter die dafür festgelegte Quote von 72 vom Hundert sinkt.

Für die Erhebung der Mehrweganteile für alle Getränke außer Milch wurde die Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM) vom Umweltbundesamt beauftragt. Die Ergebnisse der Erhebung werden vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Bundesanzeiger veröffentlicht. Nach der Erhebung für das Jahr 1997 ist der Mehrweganteil bei Getränken auf 71,35 Prozent (Fehlerbandbreite 0,7 %, in einzelnen Bundesländern bis zu 2,3 %) gesunken. Damit wurde die geforderte Marke von 72 Prozent erstmals nicht erreicht. Erste Ergebnisse der Erhebung für das Jahr 1998 lassen für die noch laufende Nacherhebung für den Zeitraum Februar 1999 bis Januar 2000 eine erneute Unterschreitung der Mehrwegquote erwarten.

Mit der Unterschreitung der Mehrwegquote erlischt für Getränke-Einwegverpackungen die Freistellung von der Pflicht zur Rücknahme und Pfanderhebung. Dieser automatische Widerruf der Freistellung gilt für die Getränkebereiche, für die der im Jahr 1991 festgestellte Mehrweganteil unterschritten ist. Davon sind im Wesentlichen die Bereiche Mineralwasser und Bier betroffen, obwohl deren Mehrweganteile deutlich über anderen Getränkebereichen liegen und jeder für sich allein die 72 Prozentgrenze übersteigt.

Vergleicht man dagegen die in Einweg- oder Mehrwegverpackungen abgefüllten Getränke, so stellt man nur eine geringfügige Verschlechterung des Mehrweganteils des Jahres 1997 gegenüber 1991 fest. Der in Mehrwegverpackungen abgefüllte Anteil lag im Jahr 1991 bei 71,69 % (Mehrweg: 19.934,60 Mio. Liter; Einweg: 7.871,00 Mio. Liter) und im Jahr 1997 bei 71,35% (Mehrweg: 22.864,60 Mio. Liter; Einweg: 9.182,00 Mio. Liter).

Der Widerruf der Freistellung träfe besonders die Getränkewirtschaft und den Handel, da sie die Rücknahme von Getränkeverpackungen und die Pfanderhebung auf einzelne Getränkearten organisieren und in die Praxis umsetzen müssen. Die Folgen wären gravierende Veränderungen der Getränkemarkt-Strukturen und erhebliche finanzielle Belastungen des Handels und der Getränkeindustrie durch den Aufbau und den Betrieb geeigneter Rücknahmesysteme. Die Wirtschaft schätzt, dass die Einrichtung eines Pfand- und Rücknahmesystems zwischen 3 und 5 Mrd. DM einmalig und der Betrieb weitere 2 Mrd. DM jährlich kosten würden.

Vor dem Hintergrund der veränderten Märkte, dem Käuferverhalten, neuer Verwertungsstrategien und -techniken und der technischen Fortentwicklung von Einwegverpackungen und um gleichzeitig dem ursprünglichen Ziel der Verpackungsverordnung, die Mehrwegmenge nicht unter den Stand von 1991 sinken zu lassen, gerecht werden zu können, bietet es sich an, die Berechnungsgrundlage auf die im Vergleichsjahr 1991 tatsächlich in Mehrwegverpackungen abgefüllte Getränkmenge umzustellen.

## II. Besonderer Teil

### Zu Artikel 1

#### Zu Nr. 1

§ 9 Abs. 2 der geltenden Verpackungsverordnung will die Destabilisierung der bestehenden Getränke-Mehrwegsysteme verhindern. Die vom Verordnungsgeber zur Kontrolle der Zielführung gewählte Berechnungsmethode, die auf den Anteil der Mehrweggetränke am Gesamtverbrauch abstellt, scheint nunmehr auf eine Destabilisierung der Mehrwegsysteme hinzuweisen. Tatsächlich ist allerdings lediglich eine wesentlich durch Einweggetränke gestützte Zunahme des Gesamtverbrauchs zu verzeichnen. Dadurch hat zwar der Anteil der Mehrweggetränke prozentual abgenommen, die in Mehrwegverpackungen in Verkehr gebrachte Getränkmenge ist jedoch um nahezu 3 Milliarden Liter gestiegen. Dies spricht für und nicht gegen eine Stabilisierung der Mehrwegsysteme. Eine abfallwirtschaftliche Rechtfertigung für die Anwendung der von § 9 Abs. 2 VerpackV vorgesehenen Sanktionen und der damit verbundenen staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben ist jedenfalls

nicht erkennbar. Die Novelle verfolgt daher das Ziel, unter Beibehaltung des Schutzes für Mehrwegsysteme die Berechnungsgrundlage für die Zielerreichung auf die im Vergleichsjahr 1991 tatsächlich in Mehrwegverpackungen abgefüllte Getränkemenge umzustellen, um dadurch eine realistischere Bewertung der Zielerreichung der Norm zu ermöglichen.

Bei der Änderung der Berechnungsgrundlage wurde auch berücksichtigt, dass die Mehrwegquote im europäischen Binnenmarkt von der deutschen Wirtschaft nur bedingt beeinflusst werden kann. Wie die Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM) in Wiesbaden festgestellt hat, wird der Mehrweganteil für alle Getränke durch Importware, die zu mehr als 75 % in Einwegverpackungen angeboten werden, deutlich beeinflusst. Nach Abzug der importierten Getränke würde der Mehrweganteil um ca. 3 % gegenüber der veröffentlichten Quote ansteigen. Gleichzeitig entfällt das bisherige Erfordernis, die Mehrwegquote durch aufwendige Erhebungen, deren Ergebnisse nach den bisherigen Erfahrungen mit einer zeitlichen Verzögerung von bis zu 13 Monaten vorgelegt werden, zu ermitteln. Zudem werden Fehlerbandbreiten, wie sie in der Vergangenheit bei der Erhebung der Mehrwegquote immer wieder zu berücksichtigen waren, ausgeschlossen.

Zu Nr. 2

Folgeänderung

Zu Nr. 3

Folgeänderung

#### Zu Artikel 2

Die Vorschrift regelt das In-Kraft-Treten der Verordnung. Die Änderung soll vor Bekanntgabe der Ergebniss der Nacherhebung wirksam werden.